

**Drucksachen-Nr.:**  
**0535/2020-2025**

An die  
Vorsitzende des  
Sozial- und  
Gesundheitsausschusses  
Frau Sylvia Gorsler  
im Hause

**Ratsfraktion Bielefeld**

**Klaus Rees**

Fraktionsgeschäftsführer  
Niederwall 25 - 33602 Bielefeld  
Tel: 0521 - 51 2710  
Fax: 0521 - 51 67 42  
[klaus.rees@bielefeld.de](mailto:klaus.rees@bielefeld.de)

Bielefeld, 26.01.2021

Sehr geehrte Frau Gorsler,

zur heutigen Sitzung des SGA stellen wir zum Tagesordnungspunkt 6 „Corona-Strategie“ folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung möge prüfen, wie eine Mittagessenabholung im Kita bzw. OGS-Bereich (für BUT-Berechtigte kostenlos) ermöglicht wird, damit diese in den Schließzeiten/eingeschränkten Öffnungen das Angebot nutzen können.
2. Die Verwaltung möge prüfen, wie Menschen mit geringem Einkommen (Bielefeld-Pass-Bezieher\*innen, Bafög-Beziehende) bei der Versorgung mit verpflichtenden medizinischen Bedeckungen (OP-Maske, ggfs. FFP2 Masken) unterstützt werden können. Hierbei ist zu prüfen, ob eine kostenlose Abgabe über die verschiedensten Angebote (Tische und Tafeln, Begegnungsstätten, Drogenberatung, Kava, Sozialdienst, Heilsarmee, Flüchtlingsunterkünfte etc.) ermöglicht werden kann.
3. Die Verwaltung möge sicherstellen, dass bei der Impfkampagne die Informationen und Aufrufe in a) leichter Sprache b) in verschiedenen Sprachen und c) über alle verfügbaren Medien veröffentlicht werden, damit viele Bielefelder\*innen erreicht werden. Ebenfalls ist zu prüfen, ob der Einsatz von ambulanten Impfbussen in den Außenbereichen eine Übergangslösung darstellt, bevor die Hausärzte die Impfversorgung übernehmen.
4. Die Verwaltung möge sicherstellen, dass für die zukünftige Kontaktverfolgung im Gesundheitsamt die digitalen Voraussetzungen erfüllt sind (Einführung „SORMAS“), um die Kontaktverfolgung zu verbessern. Dabei kann eine Bereitstellung von digitalen Kontaktbüchern bzw. Apps eine Unterstützung sein, die auch von Restaurants, Kinos und städtischen kulturellen Einrichtungen genutzt werden (z.B. „<https://luca-app.de/>). Sie könnten ebenfalls in der Bielefelder Wirtschaft genutzt werden.
5. Die Verwaltung möge die Träger der Alten- und Pflegeheime, verschiedener Betreuungsformen (Bielefelder Modell), der ambulanten Pflege, der ambulanten-

und stationären Eingliederungshilfe nachhaltig unterstützen, um die gefährdeten Personengruppen zu schützen (z.B. Unterstützung bei Impf- und Testkonzepten ggf. auch durch andere Dienste). Dabei ist eine proaktive Kommunikation mit den Trägern und Einrichtungen notwendig.

6. Die Verwaltung möge eine frühzeitige Strategie entwickeln, wie in den nächsten Wochen und Monaten sichergestellt werden kann, dass insbesondere die vulnerablen Gruppen geschützt werden. Hierbei ist auf die Möglichkeit von Verteilung von kostenlosem Essen unter Einhaltung der Hygienevorschriften ebenso zu achten wie auf die Aufrechterhaltung von Beratungsangeboten sowie ggfs. die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten für Wohnungslose in Pensionen oder Hotels.
7. Die Verwaltung möge über geeignete Wege (Soziale Medien, Tagespresse, Plakatvordruck für Einzelhandel, etc.) die Notfallnummern für Kinder und Jugendliche, Eltern und bei häuslicher Gewalt bekannter machen, damit in Krisensituationen schnelle Anlaufstellen und Ansprechpartner\*innen erreicht werden können. (<https://www.mkffi.nrw/wichtige-telefonnummern-fuer-buergerinnen-und-buerger-eltern-und-kinder>, <https://polizei.nrw/artikel/hilfe-bei-haeuslicher-gewalt-in-zeiten-von-corona>)
8. Die Stadt wird gebeten den noch bestehenden Bedarf von Endgeräten für Schüler\*innen in Bielefeld von Klasse 1 ab zu ermitteln (Bedarf ergibt sich daraus, dass kein alleiniges Endgerät für den Schüler/ die Schülerin zu Verfügung steht). Die Verwaltung soll das Land auf die Bedarfslücke aufmerksam machen und darauf hinwirken, dass diese Lücke vor allem für Anspruchsberechtigte mittels weiterer Fördertöpfe schnellst möglich gedeckt werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich!

Joachim Hood,  
Ratsmitglied